

N. Chilas: Syriza-Spaltung (S. 3/4) ++ D. Vakalis/D. Angelidis: Flüchtlinge in Griechenland (S. 3) ++ K. Stamm: „Legale Einreise für Flüchtlinge!“ (S.5) ++ H. Hänsel: Bericht Lesbos (S. 8) ++ W. Wolf: Fluchtursachen (S. 6/7)

Organisierte Zerstörung – bleibende Lehren



Uplötzlich verschwand das Thema Griechenland aus Schlagzeilen und Talkrunden. Nun hat die deutsche Kanzlerin selbst die Umorientierung des öffentlichen Interesses wie folgt erklärt: „Das Flüchtlingsthema wird uns weit mehr beschäftigen als Griechenland“. Doch selbst das Flüchtlingsthema ist eng mit Griechenland verbunden (siehe die Seiten 5 und 8). Vor allem aber setzt sich das Drama in Griechenland fort. Die Binnennachfrage wird mit dem neuen Memorandum – im deutschen Bundestag als „Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands“ bezeichnet – nochmals reduziert: durch Renten Kürzungen und Mehrwertsteuererhöhung. Einzelne Sektoren der produktiven Wirtschaft werden gezielt geschädigt – so die Landwirtschaft (Streichung der Subventionierung von Dieselmotoren) und der Tourismus (Streichung der gekappten Mehrwertsteuersätze auf den Inseln). Mit der aufgezwungenen Einrichtung eines Privatisierungsfonds wird der Ausverkauf des Landes – zu Schleuderpreisen, versteht sich – effizient organisiert. Wobei nicht zufällig als erstes Fraport ein fettes Geschäft machte und die profitabelsten griechischen Regionalflughäfen ins Portfolio nahm. Es wird – anders als von Alexis Tsipras dargestellt – keine zusätzlichen Investitionen geben (in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. August heißt es: „Von neuem Geld aus EU-Töpfen kann keine Rede sein“). Vor allem aber erhöht sich die Verschuldung des Landes schlagartig um weitere 90 Milliarden Euro. Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt werden die öffentlichen

Schulden dann bei mehr als 200 Prozent liegen, also doppelt so hoch wie das BIP sein. Selbst Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds, dessen Existenzzweck das professionelle Ausquetschen von Ländern und Bevölkerungen im Interesse des Finanzkapitals ist, erklärt: „Griechenlands Schulden sind nicht mehr tragfähig“. Das heißt: Die griechischen Schulden können nie und nimmer zurückbezahlt werden. Sie werden jedoch immer wieder aufs Neue ein Hebel sein, um Griechenland im Zustand eines Protektorats von EU und Gläubiger-Mafia zu halten.

All diese katastrophalen Grunddaten der griechischen Gesellschaft werden in den Medien der EU-Metropolen nicht mehr kommuniziert. Plötzlich gilt das Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn. Selbst die für den 20. September ausgerufenen Neuwahlen sind in Brüssel, Madrid, Rom und Berlin nicht wirklich ein Aufreger. Hier gilt die Formel Henry Fords: „Sie können jede Farbe Ihres Autos wählen, wenn sie nur schwarz ist.“ Was im Fall Griechenland heißt: Egal, wie die Wahlen ausgehen, die reale Politik im Land wird inzwischen in Brüssel und Berlin diktiert.

Was also erklärt das demonstrative Desinteresse? Nun, Zuchtmeister Schäuble („Ich bin hochzufrieden“) und die übrigen Herren des Euro sind der

Auffassung, dass das Beispiel Griechenland für sich spricht. Sie haben ersichtlich ihre **drei zentralen Ziele** erreicht. **Erstens** wurde mit dem griechischen Exempel Austerität als Leitmotiv jeder Wirtschaftspolitik in der EU verteidigt – anschaulich untermauert von den Tränen Hunderttausender griechischer Rentner, von dem Schweiß Millionen griechischer Malocher und der Wut Zehntausender griechischer Bauern. **Zweitens** wurde den amtierenden Regierungen in der Peripherie verdeutlicht, wo der Hammer hängt. Wobei aus Berliner Sicht bereits Paris an die Peripherie gerückt ist. Das gilt auch für die Anwärter auf ein zukünftiges Mitregieren, also beispielsweise für Señor Iglesias von Podemos in Spanien. Die Botschaft lautet: Diejenigen, die aufbegehren, werden am Ende besonders tief in den Dreck gedrückt. **Drittens** wurde in Athen gezielt eine authentische Linke gedemütigt und dezimiert. Damit soll demonstriert werden, dass sich insbesondere eine solidarische Alternative zu Austerität und Ellbogen-Kapitalismus als Sackgasse erweisen würde. Insofern dürfte die Haltung von Alexis Tsipras, der griechischen Bevölkerung zu erklären, man habe sich der Erpressung gebeugt und einem Memorandum zugestimmt, an dessen Wirksamkeit man selbst nicht glaube, auf Dauer nicht überzeugen. Es geht ja nicht um

den Ausverkauf des Landes konkretisiert und die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft. Etwas in der Praxis zu tun, an das man nicht glaubt, heißt im Grunde: ungläubig sein.

Diejenigen, die sich solidarisch mit dem Aufbruch in Griechenland zeigten, sollten nach der Niederlage genau diese Politik des Desinteresses nicht kopieren. Wir bleiben dran; die Solidarität mit der griechischen Bevölkerung ist keine Modeerscheinung. Und: Wir haben das eine und andere gelernt: Demokratie ist das Gegenteil von Eurokratie; das Modell der Einheitswährung ist logisch verbunden mit einer Missachtung demokratischer Entscheidungen. Es ist möglich, eine große Mehrheit der Bevölkerung für ein mutiges, solidarisches Projekt zu gewinnen. Dass das Ochi vom 5. Juli nicht in Taten umgesetzt wurde – oder nicht umgesetzt werden konnte – ist tragisch, steht jedoch auf einem anderen Blatt.

Wir sollten alles tun, damit möglichst viele der Menschen, die in Griechenland und europaweit den Aufbruch von Syriza mit Optimismus und Begeisterung begleiteten, sich nicht aus den solidarischen Engagements zurückziehen. Wir werden dann, wenn sich als Folge der Krise ein neues Fenster öffnet, auf diesen Erfahrungen und diesem Engagement aufbauen.

Brief im Zorn

„Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs! Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs- und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im Mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestoßen. Wegen Euch flüchten weltweit die Menschen. Jeder dritte Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder fünfte Flüchtling. Eure Kriege sind auch Ursache für den weltweiten Terrorismus. [...] Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.“

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kurriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder anklopfen. [...] Die Völker des Mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt, sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens hundert Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Ghandi – gewaltlos, in zivilem Ungehorsam. Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen – Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und euch, die Verantwortlichen für Kriege und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen.

Es reicht! Haut ab! Die Welt ist ohne euch viel schöner.“

Jürgen Todenhöfer // Veröffentlicht im Facebook des Autors Ende August 2015. J. T. war von 1972 bis 1990 CDU-Bundestagsabgeordneter, 1987-2008 Top-Manager des Medienkonzerns Burda.

In eigener Sache & Griechenland-Konferenz

Diese ist die 5. Ausgabe der im April gegründeten Zeitschrift *FaktenCheck:HELLAS*. Sie erscheint in griechischer Sprache als Beilage der Athener Tageszeitung EFSYN. In Spanisch und Englisch als Internet-Zeitung. Siehe Impressum Seite 2. Diese FCH-Ausgabe erscheint – wegen des Antikriegstags 1. September und wegen des Schwerpunkts zu Flüchtlingen – in Kooperation mit der Zeitung gegen den Krieg – ZgK.

Am Wochenende 17./18.10. veranstalten FCH und andere FCH-Mitherausgebende eine Griechenland-Konferenz mit Gästen aus Griechenland. Ort: Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Details siehe: www.faktencheckhellas.org
FCH-Team: Heino Berg / Sebastian Gerhardt / Werner Rügemeier / Winfried Wolf / Mag Wompe!

Stammtisch-Argumente zum Thema Flüchtlinge und Antworten

Im laufenden Jahr 2015 werden bis zu einer Million Flüchtlinge in Deutschland erwartet. Das ist in dreifacher Weise einmalig: Einmalig rein quantitativ, wenn auch nur für Deutschland und keineswegs im internationalen Maßstab. Einmalig hinsichtlich der damit verbundenen Chancen für eine lebendige, junge und bunte Gesellschaft, was in den tausendfachen Beispielen zivilgesellschaftlichen Engagements für die Flüchtlinge zum Ausdruck kommt. Einmalig allerdings auch hinsichtlich der Gefahr eines flächendeckenden Rassismus, wie er in den fast täglichen Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland zum Ausdruck kommt. Die organisierte rassistische Aktivität geht dabei in der Regel von rechtsextremen Gruppen aus. Doch es gibt vor Ort oft viele Hundert „Normalbürger“, die bei dem rassistischen Tun mitmachen. Und es gibt große Teile der Bevölkerung mit offen fremdenfeindlicher Einstellung. Nährboden dieser rechten Gesinnungen sind klassische dumpfe Stammtischargumente. Im Folgenden werden sieben solcher Parolen des „Dunklen Deutschlands“ vorgestellt und beantwortet.

Stammtisch-Argument Nr. 1 „Das Boot ist voll – Deutschland verkraftet die Flüchtlingsflut nicht.“

FCH-Antwort Deutschland ist kein Boot, sondern ein mitteldurchschnittlich dicht bevölkertes Land mit einer eher alternden und stagnierenden Bevölkerung. Bereits der industrielle Aufstieg Deutschlands im 19. Jahrhundert basierte zu einem erheblichen Teil auf der Zuwanderung von mehr als 300.000 Polen. Angesichts einer damals rund halb so großen Bevölkerung und einer Konzentration der Zuwanderung auf das Ruhrgebiet war dies eine wesentlich größere Zuwanderung als heute. Nach dem Zweiten Weltkrieg war in der DDR jeder vierte Einwohner ein Migrant (aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten); in Bayern jeder fünfte. Das war vor allem aufgrund der damals darniederliegenden Wirtschaft eine vielfach höhere Belastung als heute. Sie wurde gemeistert. Ab Ende der 1960er Jahre kamen mehr als zwei Millionen „Gastarbeiter“ aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei nach Westdeutschland. Sie sind heute – weitgehend integrierte – Dau-

ergäste. Andere Länder sind heute mit – gemessen an der jeweiligen Bevölkerung – viel mehr Flüchtlingen konfrontiert: der kleine Staat Libanon beherbergt 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge, die Türkei sogar 1,9 Millionen. In Griechenland gab es in den letzten 20 Jahren eine Zuwanderung von einer halben Million Menschen albanischer Sprache. Umgerechnet auf die deutsche Bevölkerungszahl entspräche dies einer Zuwanderung von 4 Millionen.

Stammtisch-Argument 2

„Deutschland kann nicht alles Leid und Elend dieser Welt schultern“.

FCH-Antwort Das Leid und Elend tragen die Flüchtlinge. Deutschland profitiert in der Gesamtbilanz. 20 Prozent der Flüchtlinge haben einen akademischen Abschluss, weitere 25 Prozent eine mittlere Berufsausbildung. Im Übrigen ist die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik für weit mehr Leid und Elend auf dieser Welt verantwortlich als derzeit Flüchtlinge zu uns kommen. Siehe dazu ausführlich auf den Seiten 6/7.

Stammtisch-Argument 3 „Die Flüchtlinge kriegen das Geld, das der deutschen Bevölkerung genommen wird“.

FCH-Antwort Die Flüchtlinge in Deutschland bezogen 2013 Leistungen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. 2015 könnten es drei Milliarden Euro sein. Das entspricht einem Zehntel dessen, was die Bundesrepublik für „Verteidigung“ ausgibt. Es entspricht dem, was in diesem Land seit dem Jahr 2000 an *zusätzlichen* Ausgaben für Verteidigung, Rüstung und Auslandseinsätze ausgegeben wird. Das letztere sind moralisch verwerfliche Ausgaben. Das Erstere sind moralisch gebotene. Im Übrigen sind Ausländer für Deutschland ein Business. Ein Mensch ohne deutschen Pass bringt in Deutschland im Durchschnitt jährlich 3300 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben, als er an Leistungen vom Staat erhält. So im Detail vorgerechnet in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. August.

Stammtisch-Argument 4 „Diejenigen, die zu uns kommen, sind doch Wirtschaftsflüchtlinge!“

FCH-Antwort Offensichtlich nehmen



diese Menschen extreme Belastungen und Kosten auf sich, um hierher zu kommen. Sie wissen auch, dass sie hierzulande nicht immer willkommen sind (um es vorsichtig auszudrücken). Richtig ist, dass ein Teil der Flüchtlinge primär aus wirtschaftlicher Not zu uns kommt. Es war aber immer so, dass sich Migration zu einem Teil aus diesem Motiv speist. Abgesehen davon, dass auch eine solche Migration zu respektieren und im übrigen auch nicht zu verhindern ist, stellt sich auch hier die Frage: *Warum* ist die wirtschaftliche Not in diesen Ländern so groß? Dies hat auch – wenn auch nicht allein – mit dem deutschen „Wirtschaftsmodell“ zu tun. Der Erfolg der deutschen Exportwalze heißt auch, dass anderenorts wirtschaftliche Strukturen zerstört und Not produziert werden. Die Misere, die die EU- und Troika-Politik in Griechenland mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit schuf, veranlasst inzwischen auch Zehntausende vor allem junge Griechen, ihr Land zu verlassen.

Stammtisch-Argument 5 „Die Flüchtlinge nehmen uns die Arbeitsplätze weg“.

FCH-Antwort Die Zerstörung hiesiger Arbeitsplätze betreibt vor allem die deutsche Politik durch eine Reduktion öffentlicher Ausgaben. Sie ist auch Resultat der Kapitalkonzentration, eines Wegrationalisierens von Jobs und der Verlagerung von Produktionen ins Ausland, z.B. nach China. Migrantinnen und Migranten schaffen vielfach neue Jobs; oft solche im Kleingewerbe, wo mit relativ wenig Kapitaleinsatz oft relativ viele neue Arbeitsplätze entstehen. Im Übrigen übernehmen Hunderttausende Migrantinnen und Migranten Jobs, für die es kaum Bewerber mit deutschem Pass gibt.

Stammtisch-Argument 6 „Die Flüchtlinge müssten nach EU-Recht ihre Asylanträge dort stellen, wo sie zuerst EU-Boden betreten haben.“

Doch Italien und Griechenland lassen die Flüchtlinge einfach weiterziehen“.

FCH-Antwort Stimmt. Allerdings ist die Dubliner Verordnung Unsinn und

Unrecht. Unrecht, weil nicht zwei exportierte (und wirtschaftlich schwache und hoch verschuldete) Länder, in denen die meisten Flüchtlinge naturgemäß zuerst stranden, die Hauptverantwortung für das Flüchtlingsdrama tragen können. Unsinnig ist das EU-Recht, weil es Sinn macht, die Flüchtlinge in das Land ziehen zu lassen, in das sie gehen wollen.

Millionen Menschen, die nicht den traditionell-dunkel-deutschen Stammtisch-Vorstellungen entsprechen. Sie sind mal gut, mal weniger gut integriert. Wenn das letztere zutrifft, dann liegen die Gründe dafür nicht in ihrer Religion, Herkunft oder Sprache. Sie liegen in der unzureichenden Politik – darin, dass diese Menschen nicht menschenwürdig untergebracht werden, dass sie nicht umgehend die erforderliche Hilfe für ihre Integration – Sprachkurse, Plätze in Kitas und Schulen, Förderung bei Ausbildung und Studium usw. – bekommen. Es ist auch hier die Politik, die (bewusst!) nicht das Notwendige unternimmt. Fast immer wird den Kommunen erst wenige Wochen vor der Ankunft neuer Flüchtlinge mitgeteilt, dass Migrantinnen und Migranten kommen. Fast immer wird dann gefordert, binnen weniger Tage dieses und jenes öffentliche Gebäude als Flüchtlingsunterkunft herzurichten. Damit wird Chaos gefördert und Rassismus begünstigt. Bereits die Tatsache, dass der verantwortliche Minister Thomas de Maiziere bis Anfang August verkündete, 2015 würden 400.000 Flüchtlingen nach Deutschland kommen, war unverantwortlich. Mitte August musste er auf 800.000 erhöhen. Doch es werden eine Million Flüchtlinge werden. Mit der bewussten Unterschätzung der Flüchtlingszahlen verbunden ist eine bewusste Unterausstattung von Unterbringungsmöglichkeiten, Hilfskräften, Plätzen in Kitas und Schulen usw.

Das ist der typische Nadelstreifen-Rassismus, über den kaum berichtet wird. Dieser bereitet den Boden für den flächendeckenden dunkel-deutschen Rassismus und sorgt für die Verbreitung der sieben – und weiterer – Stammtisch-Argumente.

Stammtisch-Argument 7 „Es gibt Flüchtlinge, die integrierbar sind. Und solche, die nicht in unseren abendländischen Kulturraum passen“.

FCH-Antwort Als die ersten Italiener nach Westdeutschland kamen, wurde genauso (dumm) argumentiert. Später hieß es über die Menschen aus der Türkei, sie würden nicht „zu uns passen“. Dann waren es die Migranten vom Balkan. Inzwischen leben in unserem „Kulturraum“ längst mehrere

FaktenCheckHellas wird herausgegeben von: Tom Adler Stuttgart, IGM, Stadtrat, ehem. BR Daimler · Prof. Elmar Altvater Berlin · Rolf Becker Hamburg ver.di, Schauspieler · Prof. Armin Bernhard Essen · Georg Brzoska Berlin, Soziologe · Nikos Chilas Athen/Berlin, Journalist (To Vima) · Prof. Ulrich Duchrow Heidelberg · Jochen Dürr Schwäbisch Hall, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft / DIE LINKE · Lothar Geisler Marxistische Blätter · Leslie Franke & Herdolor Lorenz Film „Wer rettet wen?“ · Prof. Georg Fülberth Marburg/L. · Andreas Gkolfinopoulos & Leandros Fischer Köln, Initiative „GriechInnen und ZypriotInnen gegen Austerität/NRW“ in Gründung · Annette Groth Stuttgart, MdB Die LINKE, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe · Heike Hänsel Tübingen, MdB Die LINKE · Jürgen Harrer Köln, Verleger · Holger Heide Munkfors (Schweden), Autor · Prof. Rudolf Hickel Bremen · Inge Höger Berlin, MdB Die LINKE · Ulla Jelpke Berlin, MdB Die LINKE, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion · Angela Klein Köln, Journalistin · Anton Kobel Mannheim, ehem. Gewerkschaftssekretär hbw/ver.di · Bernd Köhler Mannheim, Musiker · Gregor Kritidis Hannover, Sozialwissenschaftler · Stephan Krull Magdeburg, ehem. Betriebsrat VW Magdeburg · Prof. Hans Jürgen Krzymanski Münster · Thomas Kuczynski Berlin · Sabine Leidig Hanau, MdB Die LINKE · Volker Lösch Berlin, Regisseur · Prof. Ingrid Lohmann Hamburg · Prof. Birgit Mahnkopf Berlin · Prof. Mohssen Massarrat Berlin · Prof. Norman Paech Hamburg · Alexis J. Passadakis Frankfurt/M., Politikwissenschaftler · Tobias Pflüger Tübingen, Stellvertretender Parteivorsitzender Die LINKE · Christine Prayon Stuttgart, Kabarettistin · Nadja Rakowitz Frankfurt/M., express · Prof. Dr. Günter Rausch Freiburg/Brsg. · Werner Rügemeier Köln Philosoph · Conrad Schuhler München, isw · Walter Sittler Stuttgart, Schauspieler · Sybille Stamm Stuttgart, ehem. Landesbezirksleiterin ver.di, Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung · Margarita Tsomou Berlin, Kulturwissenschaftlerin · Dorothee Vakalis Thessaloniki, Pfarrerin i. R. · Antje Vollmer ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags · Sahra Wagenknecht Düsseldorf, MdB Die LINKE, stellvertretende Fraktionsvorsitzende · Harald Weinberg Nürnberg, MdB Die LINKE · Winfried Wolf Michendorf · Mag Wompele Bochum, labournet.de · Lucas Zeise Frankfurt/M. · Prof. Susan Zimmermann Wien Die Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person.

Organisationen, Initiativen und Publikationen, die FaktenCheck:HELLAS unterstützen: attac · akl – antikapitalistische Linke (in der Partei Die LINKE) · express · Hamburger Solidaritätsgruppe Griechenland · LabourNet Germany · isl · Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie · Sand im Getriebe – SiG

FaktenCheck:HELLAS Impressum – BESTELLEN!

FaktenCheck:Hellas hat acht Seiten. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:Hellas ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern, in Reisebüros oder auch in Kneipen, z.B. „beim Griechen“

Bezugspreise wie folgt:

– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex. · bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex. · Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Bitte nicht Vorkasse – nur nach Erhalt der Rechnung und mit Rechnungs-Nr.-Angabe bezahlen!

Redaktion Sebastian Gerhardt · Werner Rügemeier · Mag Wompele · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)

Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V.

Konto (für Spenden, nicht Vorkasse) BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

FaktenCheckHellas finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen: bestellen@faktencheckhellas.org

Website: www.faktencheckhellas.org



Die Linke auf Treibsand

Syriza und ihre Abspaltungen

Nikos Chilas

Er bedauert die Niederlage, er kann sie aber auch verschmerzen. „Ich werde nicht darüber weinen“, sagt der ehemalige griechische Agrarminister Vangelis Apostolou mit Blick auf die jüngste Kapitulation der Regierung Tsipras gegenüber den Gläubigern. „Die Niederlage ist nicht endgültig. Wir kämpfen weiter, um sie rückgängig zu machen“.

Solche Töne hört man in letzter Zeit nicht nur von den Ministern der Syriza-Partei, sondern auch von deren Parlamentsabgeordneten. Nicht von allen allerdings: 23 davon, die der Parteigruppierung Linke Plattform angehören, haben eine neue Partei gegründet, die Volkseinheit. Andere sollen zudem ebenfalls bereit sein, ihnen zu folgen. Bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 20. September also könnte die Parlamentsfraktion, die ursprünglich 149 Abgeordnete zählte, noch weiter schrumpfen.

Aber auch Syriza selbst leidet unter den Folgen der Kapitulation. Mehr als 100 Mitglieder des Zentralkomitees (oder rund die Hälfte dieses Gremiums), darunter der Sekretär Tassos Koronakis, sind in den letzten Wochen zurückgetreten. Tausende Mitglieder haben die Partei verlassen, ganze Parteiuntergliederungen haben sich aufgelöst. Die verhängnisvollste und am meisten verbreitete Form des Austritts ist dabei der sogenannte „Anachorismós“ – der Weg ins innere Exil und damit der Rückzug von jedem öffentlichen Engagement.

Nur zwei Jahre nach ihrer Gründung im August 2013 ist Syriza in höchste Not geraten. Der politischen Kapitulation folgt die existenzielle Krise. Die Parole des Parteivorsitzenden lautet: Die Kritiker loswerden und Wahlen gewinnen. Die Meinungsumfragen zeigen, dass Syriza eine relative Mehrheit erwarten kann, wenn auch im Vergleich zum Januar 2015 mit starken Einbußen. Damals hatte Syriza 36,8 Prozent der Stimmen erreicht und damit die absolute Mehrheit nur um zwei Parlamentssitze verfehlt – 149 von insgesamt 300.

Sicher ist, dass der Zerfall von Syriza auch in ihrer organisatorischen Struktur angelegt war. Die Partei ist aus dem Zusammenschluss von etwa 15 „Komponenten“, größeren und kleineren Organisationen, entstanden, die ein breites Spektrum der Linken umfassten – von den nichtstalinistischen Kommunisten bis zu den linken Sozialdemokraten, mit der linkszentristischen Partei Synaspismos unter Alexis Tsipras als Hauptträger. Die

Strukturen der „Komponenten“ blieben allerdings auch nach der Gründung der Syriza intakt und wirksam. So sympathisch und interessant diese Struktur gewesen sein mag – der Zusammenhalt

Offensive überzugehen. Die deutliche Mehrheit der Syriza-Abgeordneten, etwa 90 bis 100, steht nach wie vor hinter ihm – wenn auch, wie es allerorten heißt, mit „Bauchschmer-

„Tsipras ist Schäubles Linker“

„Tsipras ist es nun, der als Wendereformer [bei den Neuwahlen am 20. September] wieder antritt, befreit von den Hardlinern in seiner eigenen Partei. [...] Tsipras ein Linker, ein Populist? Nein, Tsipras ist Realist und Pragmatiker. Dem Land hilft, was ihm selbst hilft. Wenn diese Rechnung dann noch zu Gunsten der Gläubiger aufgeht, dann mag Tsipras ein Linker sein, aber er ist jetzt eben auch Merkels und Schäubles Linker. [...] Die Wahl dient nun der Arrondierung der Macht des Ministerpräsidenten.“

Stefan Kornelius, *Süddeutsche Zeitung* vom 22. August 2015

der Partei war auf diese Weise von vornherein eingeschränkt. Sie war nicht für eine größere Niederlage, geschweige denn für eine furchtbare Kapitulation gerüstet.

Die neuen Bündnisse, die nun entstehen, entsprechen nicht immer den alten Gruppierungen. „Seitdem Syriza die Regierung übernahm, gab es eine ständige Umgruppierung von Bündnissen und Personen, je nach ihrer Position im Regierungs- und Parteiapparat und je nach ihrer Einschätzung der jeweiligen Situation“, sagt der Herausgeber der Zeitschrift „Wege der Linken“, Michalis Siachos. Am Ende haben sich aber vier Hauptgruppen herauskristallisiert, die auch eine Kontinuität mit ihren ursprünglichen Formationen aufweisen:

- Die Menschen des „Proedrou“, die Gefolgsleute des „Präsidenten“ Alexis Tsipras, wie der genannte Vangelis Apostolou. Sie bezeichnen die Kapitulation als alternativlos und weisen im Gegenzug als Rechtfertigung auf deren positive Merkmale hin: Dazu gehören die kleineren Primärüberschüsse, die nun von den Gläubigern verlangt werden, die 36 Milliarden Euro, die bis 2019 angeblich neu für Investitionen zur Verfügung stehen (tatsächlich handelt es sich dabei um die Gelder, die von dem EU-Strukturfonds seit langem bereitstehen) sowie die angepeilten besseren Konditionen für die gigantischen griechischen Schulden. Das Hauptargument des Regierungslagers ist: Tsipras hätte nur zwischen dem vereinbarten dritten Hilfsprogramm und den damit verbundenen harten Konditionen (Memorandum) und der planlosen Pleite zu wählen gehabt. Mit dem ausgehandelten Kompromiss habe er das Land „innerhalb Europas“ gehalten und sich eine Atempause verschaffen können, um später, unter günstigeren Bedingungen, in die

„Seine wichtigsten Gefolgsleute sind der ehemalige stellvertretende Regierungschef Gianis Dragasakis, der Ex-Wirtschaftsminister Jiorgos Stathakis sowie der Ex-Innenminister Nikos Voutsis.

- Die „Linke Plattform“ unter dem ehemaligen Energieminister Panajiotis Lafazanis, aus der kürzlich die Partei „Volkseinheit“ hervorgegangen ist. Diese wirft Tsipras vor, im entscheidenden Moment der Verhandlungen mit den Gläubigern ohne wirkliche Not kapituliert zu haben. Dadurch habe er seine wertvollste Trumpfkarte verspielt, das „Ochi“ (Nein) des Referendums von 5. Juli mit einer Zustimmung von 61,3 Prozent, das den eindeutigen Willen der Bevölkerung gegen die Forderungen der Gläubiger zum Ausdruck brachte. Für Lafazanis ist die Syriza von Tsipras bereits zu einer Systempartei mutiert, die nur noch das Memorandum unter linken Vorzeichen verwaltet. Die Eurozone in ihrer heutigen neoliberalen Ausprägung sei nicht reformierbar. Die Rückkehr zur alten Nationalwährung, der Drachme, sei also notwendig und der Grexit, der Exodus Griechenlands aus dem Euro, zwingend. Durch solche Aussagen hat sich die Volkseinheit den Beinamen „Partei der Drachme“ eingehandelt. Tsipras wirft ihr sogar vor, die Gehilfin von Wolfgang Schäuble zu sein, weil dieser ebenfalls zeitweilig einen Grexit forderte. Die wichtigsten Programmpunkte der Volkseinheit sind, neben der Ablehnung des Memorandums, die Nationalisierung der Banken und die Einstellung der Bedienung der Schulden. Ihr bekanntester Exponent ist, neben Lafazanis, der Ökonomeprofessor Kostas Lapavistas.
- „Die 53 plus“. Diese Gruppe leitet ihren Namen von der Anzahl ihrer Mitglieder im Syriza-ZK ab. Sie hat sich

gegen die Einigung von Tsipras mit den Gläubigern gestellt und fordert, das Memorandum zu annullieren. Ihr Ziel war, das entsprechende Konzept auf einem außerordentlichen Parteitag, der Ende September stattfinden sollte, verabschieden zu lassen. Tsipras hat mit der Ankündigung von Neuwahlen diesen Plan zunichte gemacht. Seitdem fühlen sie sich von ihm verraten. Trotzdem haben sie sich bei einer eiligst von Tsipras einberufenen Parteikonferenz am 29. und 30. August, die faktisch den Parteitag ersetzte, bereit erklärt, erneut auf der Liste von Syriza zu kandidieren. Dabei haben sie

bekundet, weiterhin die Annullierung des Memorandums anzustreben – aber erst nach dessen vollständiger Umsetzung. Ein seltener Fall hochgradiger Schizophrenie! Ihre bekanntesten Vertreter sind der ehemalige ZK-Sekretär Tassos Koronakis und der Ex-Finanzminister Eukleidis Tsakalotos.

- „AKOA“ (Erneuerte Kommunistische Ökologische Linke). Sie hat von Anfang an die „rechte“ Politik der Regierung Tsipras kritisiert. Sie ist gegen die Spaltung der Syriza, stellt aber, wegen der Wandlung der Regierungsmannschaft zu einer sozialdemokratischen Kraft, einen unaufhaltsamen Erosionsprozess der Partei fest. Um aus der heutigen Sackgasse herauszukommen, plädiert sie für die Bildung einer Volksbewegung, die auf die Loslösung vom Memorandum und der Eurozone abzielt und über die Klassengrenzen hinausgeht. Der AKOA gehören vier Abgeordnete an. Ihr namhaftester Vertreter ist Rudi Rinaldi.

Zwischen diesen vier Hauptgruppen bewegen sich zahlreiche innerparteiliche Gruppierungen, die aber bei der Bildung von Bündnissen eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Gleichzeitig kommen jetzt Gruppen und Bewegungen ins Spiel, die links von Syriza angesiedelt sind und bisher eher ein Schattendasein führten – darunter der „Plan B“ (= Rückkehr zur Drachme) von Alekos Alavanos (dem früheren Vorsitzenden von Synaspismos und „Entdecker“ von Tsipras) und die Antarsya. Alavanos ist bereits ein Bündnis mit Lafazanis eingegangen. Die Gruppe Antarsya, die radikaler als der „Plan B“ ist, schwankt noch zwischen einem Wahlbündnis mit der Volkseinheit und einer eigenständigen Kandidatur.

Damit ist das linke Lager in Griechenland gespalten wie selten zuvor. Tsipras verspricht jedenfalls, keinen „Bruderkrieg“ mit seinen ehemaligen Genossen

im Zuge der Wahlen zu führen.

Die Aussichten sind keinesfalls rosig – auch nach einem erneuten Sieg von Tsipras. „Die neue Syriza-Regierung wird täglich vor neuen unüberwindbaren Schwierigkeiten stehen“, prophezeit Siachos. Die Partei wird sich also auch künftig der Gefahr einer erneuten Spaltung ausgesetzt sehen. Aber auch ihre linken Widersacher bewegen sich auf unsicherem Boden. „Die griechische Linke steht momentan auf Treibsand“ sagt er. Möglich, dass sie dabei untergeht.

Nikos Chilas lebt in Berlin und Athen. Er ist Auslandskorrespondent der griechischen Tageszeitung To Vima.

Vio.Me: Selbstverwaltung unter Arbeiterkontrolle bedroht!

Die Belegschaft der Bioputzmittel-Fabrik in Selbstverwaltung in Thessaloniki sah sich am 25. August 2015 zu einer außerordentlichen Bekanntmachung veranlasst, in der sie ihre Sorge um die Sicherheit der kämpfenden Beschäftigten in der Fabrik Vio.ME äußerten (siehe Bericht in FCH03). Die akute Bedrohung des Projektes resultiert aus einem aktuellen Gerichtsbeschluss, der Vio.me – die Baustofffabrik, die im Mai 2011 von ihren Besitzern verlassen wurde – als „bankrottetes Unternehmen mit einem bestellten Insolvenzverwalter“ definiert. Eine Legalisierung der Selbstverwaltung durch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die zuvor über ein Jahr lang ohne Lohn waren und dann die Fabrik besetzten, ist bislang nicht gelungen. Aktivitäten der Staatsanwaltschaft Thessaloniki gegenüber dem Insolvenzverwalter deuten nun darauf hin, dass eine „Inspektion“ geplant ist. Diese könnte in Polizeibegleitung erfolgen und die Belegschaft als illegale Hausbesetzer definieren, diese zum Verlassen der Fabrik zwingen und möglicherweise sie verhaften! Die Kolleginnen und Kollegen rufen daher „alle Kollektive und alle Aktivist:innen, die sich seit der ersten Sekunde an der Seite von VIO.ME befinden, zur sofortigen Bereitschaft zur Verteidigung des Projekts auf“. International erfordert das kurzfristig Proteste und Solidaritätserklärungen! Die Redaktion von LabourNet Germany steht mit der Belegschaft in Kontakt und veröffentlicht alle Infos im Dossier, dort auch Hintergründe.

www.labournet.de/?p=10220

Syriza mit drei Positionen

Nach dem Ja des Syriza-Chefs und griechischen Ministerpräsidenten und der Mehrheit der Syriza-Abgeordneten zum neuen Memorandum entwickelte sich eine heftige Debatte in der Partei. Über diese wird auf Seite 3 von Nikos Chilas zusammenfassend berichtet. Auf dieser Seite drucken wir drei kurze Texte der im Parlament vertretenen Syriza-Positionen: Der erste Text gibt die Position der

Mehrheit der Syriza-Abgeordneten wieder; er wurde verfasst von Nikos Filis, dem Vorsitzenden der (geschrumpften) Syriza-Fraktion. Der zweite Beitrag dokumentiert Grundaussagen der Linksabspaltung „Volkseinheit“; er wurde verfasst von Elena Psarra, Abgeordnete in Messinia. Der dritte Text gibt die Haltung der „Mittelgruppe“ („Gruppe der 53+“) wieder.



„Die Linke gibt nicht auf“

Nikos Filis, Fraktionsvorsitzender SYRIZA

Die Wette ist von entscheidender Bedeutung und tut auch weh. Die Regierung SYRIZA, nach dem großen und ungleichen Kampf gegen die dominante neoliberale Politik in Europa, nach der Niederlage vor den Mächtigen in Brüssel und Berlin, aber auch nach der erfolgreichen Abwendung eines Grexits – eines katastrophalen wirtschaftlichen und geopolitischen Abenteuers, zu dem Schäuble & Co. Griechenland zwangen – verlor ihre Mehrheit im Parlament.

Sie verlor die Regierungsmehrheit durch die eigenen Genossen, die sich für einen anderen Weg für Griechenland entschieden. Für Grexit und Rückkehr zu nationaler Währung, ohne einen Plan, der die zerrissene Gesellschaft durch fünf Jahre der Sparpolitik und Rezession, aufrecht halten könnte.

So gehen wir in den Wahlkampf. Mit weniger Illusionen als im Januar 2015, als wir hofften, mit einer linken Regierung in einem kleinen europäischen Land eine Barriere gegen den zerstörerischen Neoliberalismus bauen zu können.

Mit mehr Entschlossenheit, die Risse im harten verkrusteten europäischen Boden erweitern zu können, die wir mit unserem Kampf in den vorangegangenen Monaten erzeugt haben. Wir hoffen, dass wir bald Verbündete in diesem Kampf haben werden, nach den Herbstwahlen in den südlichen Ländern, Spanien und Portugal.

Vor allem aber gehen wir in den Wahlkampf in dem Glauben, dass SYRIZA, auch in dieser extrem feindlichen Umgebung, die Schwächsten verteidigen kann. In dem Glauben, dass wir das Land wieder auf die Beine stellen können. Die Kosten dafür werden hoch sein, aber wir sind fest entschlossen, sie auf den Schultern der Reichen zu verteilen. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Krise werden die Korruption, die Interessen der Mächtigen und die Steuerhinterziehung einen entschiedenen Gegner haben.

Die Linke gibt nicht auf. Sie hat kein Recht aufzugeben. Die Unterstützung der europäischen Linken in diesem Wahlkampf ist für SYRIZA unverzichtbar. Wir brauchen das Gefühl, dass die Genossen in ganz Europa unseren Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit, für kleine Siege über die Austeritätspolitik unterstützen. Wir brauchen ihre Unterstützung bei den Verhandlungen für die Schuldenfrage, die im Oktober beginnen.

Und wir sind zuversichtlich, dass sowohl in den kommenden Wochen, als auch in der Zukunft, die europäische Linke alle unsere Kräfte in der Politik und in der Gesellschaft koordinieren wird, um gemeinsam das enorme Problem der Migrations- und Flüchtlingsströme zu mildern, auf der Basis der Solidarität und der Achtung der Menschenrechte.

Wir werden gemeinsam gegen Rassismus und nationale Egoismen kämpfen, die die Rechtsradikalen auf unserem Kontinent stärken.

„Wir haben die Angst besiegt“

Elena Psarra, Parlamentsabgeordnete und Kandidatin in Messinia, Volkseinheit

Das Ziel der Volkseinheit ist ein buntes und breites Bündnis im links-radikalen Spektrum, das sich konsequent gegen das Memorandum richtet. Sie wendet sich an die große Gruppe derjenigen, die am 5. Juli „Nein“ gesagt haben: an die Berufstätigen, an die große Bevölkerungsmehrheit, an die Landwirte, deren Existenz durch das 3. Memorandum zerstört wird, an die Selbstständigen und die Mittelschicht, die von der Krise besonders betroffen sind, an die Arbeitslosen, an die jungen Frauen und Männer, die unter furchtbaren Umständen leben und dazu gezwungen werden, das Land zu verlassen, an die Frauen, die unverhältnismäßig von den Konsequenzen der Memoranda betroffen sind.

Zusammen mit all diesen Frauen und Männern, die zu dieser Klassenstruktur und zu diesem sozialen Spektrum gehören, mit den Aktivisten der sozialen Bewegungen, mit den Gruppen, die mit Diskriminierung und sozialen Ungleichheiten konfrontiert sind, wollen wir ein starkes soziales und politisches Bündnis schaffen, das den sozialen Widerstand gegen die Memoranda organisiert und diesen in der ganzen Gesellschaft in der Praxis verankert.

Die soziale Mehrheit hat ein politisches Thema nachdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt: Die Folgen der Krise sind nicht mehr zu ertragen. Die soziale Mehrheit kann nicht länger mit strenger Austerität und mit immer neuen Memoranda leben. Diese Forderung kann nur durch eine Konfrontation mit der Eurozone durchgesetzt werden – mit einer Eurozone, deren Politik mit Austerität verbunden ist. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, sind einseitige Aktionen notwendig, die zur Verstaatlichung der Banken, zur Sozialisierung von wichtigen Unternehmen und zur einseitigen Streichung der Schulden in Verbindung mit der Besteuerung des großen Kapitals führen müssen. Die Losung „kein Opfer für den Euro!“ bedeutet im Grunde: Der Euro ist nicht nur eine Währung, sondern auch ein politisches Programm, dessen Zweck die ständige Reproduktion von hartem Neoliberalismus und intensiver kapitalistischer Ausbeutung ist, und das zur Ungleichheit unter den Volkswirtschaften Europas und zu einer Politik der Gegenreformen zulasten der Arbeiterklassen führt.

Der Wahlkampf fängt mit der Forderung der Gläubiger an, ohne jeglichen Verzug die Maßnahmen des Memorandums umzusetzen, damit für die Gläubiger kein Tag der Rezession und kein Tag der Armut verloren geht.

Das Argument, das am meisten überzeugt, ist die Realität selbst. Es gibt nichts Stärkeres als den Willen der jungen Menschen, die eine Politik von Erpressung und Perspektivlosigkeit ablehnen.

Position der 53+

Auszug aus der Erklärung der Gruppe 53+ vom 30. August

Die Wahlen vom 20. September 2015 sind eine wichtige Station für das Land und die Linke, für Syriza. Sie sind auch ein entscheidendes Ereignis für die europäische Linke, die trotz der Ohnmacht, welche die blitzartigen Entwicklungen nach dem Referendum mit sich brachten, weiterhin die Linke in Griechenland und ihre Versuche, erneut die Verantwortung für die Regierungsmacht zu beanspruchen, verfolgt.

Es wird jedoch eine Station sein mit einem anderen Inhalt, mit einem anderen Einsatz als noch bei den Wahlen vom 25. Januar. Die Zeit ist knapp, die Hindernisse sind groß, aber wir stehen in der Pflicht, alle zusammen unseren Kampf zu organisieren mit dem Ziel eines siegreichen (erfolgreichen) Ergebnisses mit einer Regierung ausschließlich von Syriza gestellt.

Dabei müssen wir verhindern, dass SYRIZA an einer Regierungsbildung mit Parteien beteiligt wird, deren Programm nicht mit dem Syriza-Programm vereinbar ist.

Gleichzeitig müssen wir ein alternatives und überzeugendes Programm – das wir vorher nicht hatten – unter Vorbereitung und Beteiligung der Gesellschaft und in ernsthafter Zusammenarbeit mit der europäischen Linken entwickeln. Ein Programm, das einen Weg aus den Memoranden und den neoliberalen Einbahnstraßen weist.

Die Entscheidung der Regierungsführung, die in bestimmten Fällen auch als Parteiführung spricht, den außerplanmäßigen Kongress nicht stattfinden zu lassen, den das Zentralkomitee mit großer Mehrheit beschloss, erweist sich als Fehler. Schon erleben wir die dramatischen Folgen unter den Mitgliedern der Partei und der Jugendorganisation. Abgänge und Rücktritte werden in großem Maß auf allen Ebenen (Parlamentarier, Mitglieder im Zentralkomitee, in den Gremien der Präfekturen und der Partei) verzeichnet.

Es handelt sich dabei um Kräfte, die während der gesamten letzten Zeit selbstlos gekämpft haben. Das vergessen wir nicht. Wir werden hart daran arbeiten, um Bruderstreit zu vermeiden, damit weiterhin effektive Kommunikationskanäle erhalten bleiben. Die Idee der Einheit und der Neuzusammensetzung der Linken mit einer radikalen und an den Bewegungen orientierten Ausrichtung soll lebendig bleiben.

Die Führung muss angesichts der Tatsachen Selbstkritik üben und sofort eine Umkehr einleiten. Dem einfachen Mitglied oder auch Freund der Partei wurde leider, besonders in den letzten sieben Monaten der Regierung, signalisiert, dass seine einzige Aufgabe darin bestehe, die Entscheidungen der Regierung zu verfolgen und in der Bevölkerung zu unterstützen.

[...] Die Parteien der Linken werden nicht von ihren führenden Vertretern geprägt, sondern von ihren Werten, Ideen, Programmen und von den Kämpfen der Menschen.

Deutsches Kapitalblatt: „Griechische Schulden sind untragbar“

„Selbst der IWF [...] hält die künftige Schuldenlast Griechenlands schlicht als untragbar. Schon jetzt beträgt der griechische Schuldenberg 330 Milliarden Euro oder rund 170 Prozent der Wirtschaftsleistung. Durch das neue Hilfspaket droht der Wert auf mehr als 200 Prozent hochzuschwellen. Offiziell erlaubt der Europäische Stabilitätspakt nur eine Schuldenstandsquote von 60 Prozent. [...] Wenn Griechenland die beschlossenen Reformen umsetzt, bleibt die Frage, womit das Land in Zukunft Geld verdienen will, um die erdrückende Schuldenlast in den nächsten Jahrzehnten zurückzahlen [...] Von den neuen Hilfsmilliarden ist kein Geld für konkrete Investitionsprojekte vorgesehen. Das dritte Reformprogramm ist wie die beiden ersten ein Sanierungsprogramm [...] Das dritte Rettungspaket droht zur großen Illusion zu werden.“

Sven Afhüppe in: *Handelsblatt* vom 19. August 2015

Kriegsflüchtlinge kommen trotz Abschreckung & Lebensgefahr!

Die Lage in Griechenland spitzt sich täglich zu. Die massenhaft Ankommenden haben bereits viele staatlichen und europäischen Verordnungen und Programme außer Kraft gesetzt. Die Sofortforderung lautet: Grundlegende Kehrtwendung in der europäischen Flüchtlingspolitik! So sind 2000 Flüchtlinge in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien einfach an den 50 bewaffneten Grenzpolizisten, die sie am Tag vorher noch mit Tränengas und Blendgranaten beschossen hatten, vorbeigerannt. Wie unmenschlich die Verhältnisse auf der nördlichen griechischen Insel Lesbos sind, beschreibt eindrücklich die Bundestags-

abgeordnete Heike Hänsel (Seite 8). Dimitris Angelis von der Zeitung EFSYN gibt einen Überblick über den rasanten Anstieg der Flüchtlingszahlen und die dagegen geringen neu bewilligten EU-Gelder für Griechenland. Angelidis und Tsartsanis geben Meldungen von Flüchtlingen über mysteriöse Überfälle auf See und zu Land bekannt, die dringend eine Aufklärung erfordern. Katharina Stamm, juristische Referentin im Diakonischen Werk der EKD, zeigt, wie die geforderte Kehrtwendung aussehen muss (Kasten). Dorothee Vakali

Nicht noch mehr Tote auf den mörderischen Flüchtlingsrouten



Zur aktuellen Lage der Migration durch Griechenland

Flüchtlinge gehen einfach an den Grenzen vorbei. Foto: G. Christakis

Dimitris Angelidis
(Tageszeitung EFSYN)

Die griechische Regierung führt einen verzweifelten Kampf gegen die Zeit und gegen die leeren Staats-Kassen, um die riesigen Mängel und Versäumnisse auf dem Gebiet der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Migranten zu beheben. Laut Bericht des UNHCR vom 14.8. hatte die Zahl der im ersten Halbjahr 2015 von der Türkei auf den Ägäischen Inseln ankommenden Menschen bereits 158.468 erreicht, während auf dem Landweg im Evrosgebiet 1.716 verzeichnet wurden. In Italien strandeten im gleichen Zeitraum ungefähr 85.000 Menschen. Und es ist jetzt schon sicher, dass sich der Trend in den kommenden Monaten verstärken wird. Allein im Monat Juli wurden 50.242 Ankünfte verzeichnet. Das allein übertrifft die Zahl für das Jahr 2014, damals waren es insgesamt "nur" 43.500.

Obwohl die vorherige Regierung aus Nea Demokratia und PASOK sich verpflichtet hatte, 1500 neue Aufnahmeplätze bis zum Jahresende 2014 einzurichten, wurde nicht ein einziger neuer Platz zur Verfügung gestellt. Dagegen legte sie den politischen Schwerpunkt auf die Errichtung und den Betrieb geschlossener Haftzentren. Das waren Flüchtlingsgefängnisse, wo Menschen ohne Papiere und andere oftmals länger als die gesetzlich erlaubte Frist von 18 Monaten festgehalten wurden.

Die Zahl der Inhaftierten wurde nicht veröffentlicht - wir schätzen sie auf weit über 10.000. Diese Gefängnisse sollten vor allem der Abschreckung dienen – vergeblich! Zudem ist diese Regierung ihre Verpflichtung nicht nachgekommen, bis zum vergangenen Oktober 2014 der Europäischen Kommission einen Finanzplan vorzulegen, damit aus dem EU-Fonds für Asyl, Migration und Integration und dem Fonds für Innere Sicherheit Finanzmittel bewilligt werden. Daher entstand 2015 unter der Syriza-Regierung ein bedrückender Engpass. Das Migrationsministerium unter Tasia Christodopoulou stellte die Anträge bald nach ihrer Amtsübernahme Ende Januar.

Die Europäische Kommission hat in diesen Tagen angekündigt, dass sie für die kommenden fünf Jahre Griechenland mehr als 470 Millionen Euro für den Bereich Migration und Flucht zur Verfügung stellen wird. Immer noch ist dabei Abschreckung das Hauptziel. Der Betrag ist zwar größer als der für die vorausgegangenen fünf Jahre (als 386 Millionen Euro für 2008 bis 2013 bezahlt wurden), wird aber in Griechenland angesichts des enormen Anstiegs der Flüchtlingszahlen als völlig unangemessen betrachtet. Dabei wurde Griechenland vom UNHCR aufgefordert, seine Anstrengungen im Bereich der Registrierung und Aufnahme sofort zu verstärken. Mit welchem Geld? Die EU-Gelder werden voraussichtlich nicht vor Ende September dieses Jahres ausgezahlt werden. Die notdürftigste

Versorgung des riesigen Flüchtlingsstroms wird bis dahin weiterhin vor allem von den Solidaritätsgruppen der Zivilgesellschaft und aus den geringen Mitteln der kommunalen Verwaltung geleistet werden müssen. (siehe auch Seite 8). Auf den meisten Inseln – außer auf Kos – haben sich die Kommunalbehörden zur Zusammenarbeit bereit erklärt.

Da nicht genügend Personal für eine rasche und effektive Registrierung zur Verfügung steht, müssen Tausende Flüchtlinge auf den Inseln verzweifelt ausharren, oftmals bis zu 20 Tagen. Sie schlafen auf Straßen, Plätzen, in Parks und verlassenen Hotels, ohne jede Grundversorgung. Am Ende der Ferienzeit, wo die Fähren fast alle von den Urlaubern ausgebucht sind, besteht zudem das Problem des Transfers aufs Festland. Die griechischen Fähren haben bisher durch die Flüchtlinge einen enormen finanziellen Gewinn verzeichnet. In den letzten Tagen hat die Regierung das Fährschiff Eleftherios Venizelos gechartert und befördert jeweils 2500 Flüchtlinge nach Piräus. Die Flüchtlinge bezahlen ihre Tickets selbst (45 Euro pro Person).

Aber auch in Athen ist die Situation bedrückend. Im größten Park der Stadt, im Pedion tou Areos, hatten ungefähr 700 Menschen ein Lager aufgeschlagen. Das zog ein gewaltiges Medieninteresse auf sich, und so errichtete die Regierung in Zusammenarbeit mit der Stadt Athen auf einem kommunalen Grundstück

im Stadtteil Elaiones ein erstes offenes Aufnahmelager für 700 Personen. Trotz der finanziellen Probleme (so fehlte es an Geldern für Zelte, Klimaanlage in Containern wurden von Firmen gespendet) gelang es der Kooperation von Staat, kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft, ein Aufnahmelager einzurichten, das die internationalen Standards erfüllt und einen Weg für entsprechende Vorhaben auf den Inseln weist. So wird die Situation zumindest etwas gelindert, bis die Gelder der EU fließen und angemessene Aufnahmelager mit einer Grundversorgung eingerichtet werden können.

Alle Aufnahmezentren sollten jedoch nur eine vorübergehende Lösung sein: Denn wenn Tausende von Kriegs-Flüchtlingen über Jahre derart „aufbewahrt“ und an einer Weiterreise „nach Europa“ gehindert werden, dann nimmt Europa ihnen und ihren Kindern jede Chance auf Integration und ein menschenwürdiges Leben. Hier besteht die große Herausforderung für die Zivilgesellschaft, wachsam die Entwicklungen zu verfolgen und mit allem Nachdruck zusammen mit den Flüchtlingen zu fordern: Humanitäre Visa, legaler Zugang und Asylbeantragung in dem Land ihrer Wahl.

Übersetzung Dorothee Vakalis

Bündnis fordert: „Legale Einreise für Kriegsflüchtlinge in das Land der Wahl! Sie kommen trotz Abschreckung und Lebensgefahr!“

Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Verbänden, Flüchtlings- und Juristenorganisationen fordert die deutsche Regierung in einem Memorandum mit Titel „Für die freie Wahl des Zufluchtslandes in der EU - Die Interessen der Flüchtlinge achten“ auf, sich für eine grundlegende Neuausrichtung der Verantwortung für Flüchtlinge in der EU einzusetzen. Zum Bündnis gehören: PRO ASYL, Diakonie Deutschland, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Deutscher Anwaltsverein, Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein, Neue Richtervereinigung und die Bundesrechtsberaterkonferenz.

Sie plädieren für die freie Wahl des Zufluchtslandes. Asylsuchende sollten selbst entscheiden können, wo in der EU sie ihr Asylverfahren durchlaufen. Den bereits als schutzbedürftig anerkannten Flüchtlingen solle das Recht auf Freizügigkeit in der EU gewährt werden. Ergänzend sollten mithilfe eines Europäischen Ausgleichsfonds die Mitgliedsstaaten finanziell unterstützt werden, in die primär die humanitäre Zuwanderung stattfindet.

Aktuell zeigt sich auf EU-Ebene eine besorgniserregende Zunahme von nationalen Egoismen in der Flüchtlingspolitik. Dabei wäre ein solidarisches Handeln in der aktuellen Situation dringend erforderlich. Die Situation für Flüchtlinge in mehreren Ländern der EU ist unerträglich. Asylsuchende werden in Ländern wie Griechenland, Italien, Ungarn und Bulgarien zu Obdachlosen gemacht oder misshandelt. Vielfach werden sie völkerrechtswidrig inhaftiert.

Das Prinzip der freien Wahl bewirke dagegen, dass Asylsuchende dort hingehen könnten, wo sie die Unterstützung ihrer Familien oder Communities erhielten. Damit würden erstmals die Interessen der Asylsuchenden berücksichtigt. Dies führe dazu, dass sie sich von Beginn an besser integrieren und zurechtfinden können. Menschenrechtsverletzungen könnten so vermieden werden.

Den Grund für die Krise des geltenden Dublin-Systems sehen die Organisationen im „Verursacherprinzip“, das die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz insbesondere den EU-Staaten an den Außengrenzen aufbürdet. Nach der Dublin-Verordnung ist derjenige EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, der den Grenzübergang nicht verhindert hat. Dieser ist mangels legaler Einreisemöglichkeiten in die EU in den meisten Fällen irregulär.

Die Organisationen kritisieren diese Vermischung von Grenz- und Flüchtlingspolitik: Wer die Verantwortung für Flüchtlinge als „Strafe“ konstruiert, der schaffe zugleich Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Klima, das sich gegen Flüchtlinge richtet. Katharina Stamm, Diakonie der Evangelischen Kirchen

Das Drama und das Wunder von Idomeni

Dimitris Angelidis, EFSYN und Vasilis Tsartsanis (Übersetzung D. Vakalis)

In Nordgriechenland am Grenzort IDOMENI findet das Flüchtlingsdrama in Griechenland seine Fortsetzung (siehe FCH04). Am 21. August warteten mehr als 2000 Menschen auf Durchlass. Tags zuvor kamen 150 Menschen wieder zurück, nachdem sie von Banden ausgeraubt und blutig geschlagen worden waren. Mazedonien hatte den Notstand ausgerufen und die Grenzen geschlossen. In den nächsten Stunden kamen weitere Tausend, auch die, die in einem von der Regierung gecharterten Schiff nach Piräus gebracht worden waren. Die bewaffneten Grenzbeamten versuchten,

die riesige Menge durch Stacheldraht, Tränengas und Blendgranaten einzuschüchtern. Dann regnete es die ganze Nacht über in Strömen, die wenigen ehrenamtlichen Hilfskräfte waren total überfordert, die rechte kommunale Verwaltung abwesend, die hochdotierte UNHCR-Mitarbeiter begaben sich zur Bettruhe. Dann am 22.8. das „Wunder von Idomeni“: Die unzähligen Flüchtlinge organisierten sich und rannten in einem breiten Zug einfach an den Grenzbeamten und ihren Panzerwagen vorbei und zogen weiter zum nächsten Bahnhof in Gevulia. Zurück blieben

die Erschöpften. Seitdem ist die Grenze wieder offen. In Gruppen von jeweils 50 bis 100 Personen ziehen die Flüchtlinge voller Qualen zum nächsten Ort. Bilanz: Es muss eine legale und sichere Weiterreise mit Visa so schnell wie möglich europaweit gewährleistet werden! So auch der Ruf von Annette Groth, Abgeordnete von DIE LINKE, und von Prof. Josef Weidenholzer, Europaabgeordneter und Vizepräsident der Sozialdemokratischen Fraktion im EP, die am 29. und 30. August in Idomeni und an der Grenze zu Serbien vor Ort waren.

Flucht und Fluchtursachen



Vier Ströme der Migration – vier Mal Verantwortung des Westens – vier Mal deutsche Schuld

Flüchtlinge in der Nähe der griechisch-serbischen Grenze. Foto: G. Christakis

Winfried Wolf

Bei der Struktur der Flüchtlinge, die deutschen Boden erreichen und die hierzulande einen Asylantrag stellen, zeichnen sich vier große Kontingente ab, die drei Viertel der gesamten Migration abdecken: Der mit Abstand größte Teil – knapp 40 Prozent – stammt vom Balkan und hier vor allem aus den Ländern Mazedonien, Kosovo, Albanien und Serbien. Das zweitgrößte Kontingent sind syrische Flüchtlinge (22 Prozent). Als Drittes gibt es die Migration aus Afghanistan und Pakistan (7%), gefolgt – viertens - von Flüchtlingen aus Afrika (Libyen, Nigeria, Eritrea, Tunesien), die es zusammen auf weitere sechs Prozent bringen. Für diese vier Flüchtlingsströme gibt es Ursachen, für die der Westen im Allgemeinen und die deutsche Regierung im Besonderen große Verantwortung tragen.

Balkan

Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, Mitglied in DIE LINKE, brachte vor wenigen Wochen wie folgt auf den Punkt, was den Ausgangspunkt der Balkan-Tragödie darstellt: „Deutschland hat vor mehr als zwanzig Jahren voreilig Kroatien und Slowenien anerkannt und dadurch die Kriege im damaligen Jugoslawien forciert.“ (SZ 25. 8.). Von Ende der 1940er Jahre bis 1990 gab es immerhin eine vier Jahrzehnte währende Periode mit einer Bundesrepublik Jugoslawien, in der Völker, die sich zuvor – etwa Kroaten und Serben – mehr als ein Jahrhundert lang blutig bekämpft und zerfleischt hatten, einigermassen friedlich zusammenlebten. Die EU und die USA gaben sich nach 1990 reichlich Mühe, diese erfolgreiche Föderation zu zerschlagen, die alten Spannungen zu verschärfen. Innerhalb Jugoslawiens

selbst kam dies Nationalisten wie Milosevic in Belgrad und Tudjman in Zagreb durchaus entgegen. Die Bundesrepublik Jugoslawien brach auseinander. Mehr als eine Million Flüchtlinge waren die Folge – allein 350.000 Menschen kamen nach Deutschland. 1999 kam es zum Kosovo-Krieg, dem Überfall der Nato auf Serbien. Auslöser waren ein Massaker im Ort Racak am 15. Januar 1999, bei dem bis heute die Verantwortlichkeit ungeklärt ist, und ein Vertragsentwurf von Rambouillet, der der serbischen Regierung ultimativ zur Unterschrift vorgelegt wurde. Im Text des Abkommens stand: „Das Nato-Personal wird in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen“. Es war klar, dass Belgrad einem solchen Vertrag niemals zustimmen konnte. Das Ziel war erreicht. Die Nato bombardierte Serbien wochenlang und zerstörte dabei flächendeckend die Infrastruktur. Dies erfolgte bei offenem Bruch des Völkerrechts. Altkanzler Helmut Schmidt formulierte: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet“ (Frankfurter Rundschau vom 4. April 1999).

Und wie sieht die Bilanz gut eineinhalb Jahrzehnte später aus? Kosovo ist heute die ärmste Region in ganz Europa – und bricht mit 70 Prozent Jugendarbeitslosigkeit noch den EU-Rekord von Griechenland. Serbien steht nur wenig besser da – allein dieses Land beherbergt 223.000 „interne Flüchtlinge“, die Opfer der Kriege und Vertreibungen auf dem Balkan sind (für die oft auch die serbische Seite Verantwortung trägt). 55 Prozent der kosovarischen Bevölkerung antwortet auf die Frage „Hoffen Sie, das Land in Bälde verlassen zu können“ mit „ja“. Es dürfte trauriger europäischer

Rekord sein, dass die Mehrheit eines Landes die eigene Heimat schnellstmöglich verlassen will.

Die übrigen Staaten, die es heute auf dem Boden der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien gibt, teilen sich in zwei Gruppen: Auf der einen Seite gibt es mit Montenegro, Mazedonien, Albanien und Bosnien-Herzegowina vier Länder, die ähnlich wie Serbien und Kosovo von Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Misere und tiefsitzender Korruption geprägt sind. Auf der anderen Seite gibt es mit Slowenien und Kroatien zwei neue EU-Mitgliedsländer, in denen es einen gewissen Aufschwung gab, der aber – teilweise der griechischen Entwicklung vor 2010 vergleichbar – in erheblichem Maß durch einen beschleunigten Verschuldungsprozess finanziert wird.¹

Alles in allem ist die Bilanz der Intervention des Westens auf dem Balkan seit 1990 für die Menschen vor Ort ein Desaster.

Syrien

Der zweitgrößte Flüchtlingsstrom, der Deutschland erreicht ist Resultat des syrischen Bürgerkriegs, der 2011 begann. Dort steht der herrschende alawitische Clan unter Baschar al-Assad an der Spitze eines autoritären Regimes, in dem die Opposition und die kurdische Minderheiten unterdrückt, oftmals verfolgt und mit Folter und Tod bedroht werden. Anfang 2011 begann in Syrien eine zivilgesellschaftliche Massenbewegung gegen die Regierung Assad. Im Mittelpunkt standen vor allem Forderungen nach demokratischen Rechten und dem Recht der kurdischen Minderheit auf kulturelle Selbstbestimmung. Forderungen nach einem Sturz des Regimes wurden zunächst nicht gestellt. Assad reagierte mit Konzessionen und

selektiver Unterdrückung. Bereits nach wenigen Monaten eskalierten die Auseinandersetzungen. Teile der Opposition begannen den bewaffneten Kampf, der bald vom Westen mit Waffenlieferungen unterstützt wurde. Das Regime schlug zurück. Seither gab es eine fortgesetzte Spirale der Militarisierung der Auseinandersetzung und der Islamisierung der Opposition. Dabei wurde zugleich die zivilgesellschaftliche Demokratiebewegung marginalisiert. Der Westen – vertreten durch die diktatorisch regierten Golfstaaten, Saudi Arabien und die Türkei – bewaffnete und unterstützte die oppositionellen militärischen Milizen, darunter auch die Vorgänger des IS bzw. die Terrortruppen des Islamischen Staats selbst. Auch die deutsche Regierung leistete – deklariert als Entwicklungshilfe – erhebliche Unterstützung für dubiose Oppositionsgruppen. Vor wenigen Monaten nahmen die Regierungen in Washington, Riad und Ankara teilweise eine Kehrtwende vor. Der Geist, den sie aus der Flasche ließen, soll in dieselbe zurückgebombt werden – was sich jedoch als zu spät erweisen könnte.

Besonders tragisch ist dabei die Situation der kurdischen Bevölkerung. Ihre Milizen tragen einen erheblichen Teil der Last im Kampf gegen den IS. Ihr Gesellschaftsmodell, das sie in den befreiten Gebieten errichteten, ist demokratisch und offen. Umso mehr zieht es den Hass nicht nur des Islamischen Staats auf sich, sondern auch der türkischen Regierung. Aktuell gibt es als Folge einer russisch-iranischen Initiative eine neue Chance für eine friedliche Lösung. Doch das – einstmals wohlhabende und gut strukturierte – Land und seine Infrastruktur sind in Schutt und Asche gebombt; das Gesundheitssystem ist weitgehend zusammengebrochen. Die Mehrheit

der 21-Millionen-Bevölkerung befindet sich auf der Flucht – neun Millionen Menschen innerhalb Syriens selbst; vier Millionen sind in die Nachbarländer (vor allem Libanon und Türkei) und nicht zuletzt nach Europa geflüchtet.

Seit Beginn des Bürgerkriegs wird im Westen Assad als ein zu beseitigender Despot hingestellt. Dies hat auch zur Folge, dass viele Friedensbemühungen scheiterten – weil der Sturz von Assad zur Voraussetzung erklärt wird. Dabei wird unterschlagen, dass es eine mehr als ein Jahrzehnt währende, enge Zusammenarbeit des Westens mit dem Regime gab. Nach „9/11“ wurde ein Zweckbündnis des Westens mit dem syrischen Herrscher zwecks „Terrorbekämpfung“ gebildet. Doch es gab weit mehr – beispielsweise Besuche hochrangiger deutscher Politiker bei den netten Assads als Aufwertung des Regimes: 2000 machte Bundeskanzler Gerhard Schröder, 2006 der damalige und heutige deutsche Außenminister Walter Steinmeier Damaskus seine Aufwartung. Die deutsche Regierung unterstützte das Regime 2000 bis 2008 mit mehr als 150 Millionen Euro. Sie tat gegenüber Syrien das, was sie Griechenland verweigert – und gewährte dem Regime einen Schuldenerlass von 75 Prozent. Vor allem gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen USA und Deutschland einerseits und Syrien andererseits bei ... Folterpraktiken! Die USA kidnapten Terrorverdächtige und überstellten diese an syrische Folterknechte – in der Erwartung, von deren besonders brutalen „Befragungstechniken“ profitieren zu können. Im Detail dokumentiert wurde der Fall des deutschen Bundesbürgers Mohamed Haydar Zammar. Am 8.12. 2001 nahmen marokkanische Sicherheitskräfte Zammar, der zu einem Besuch

in Marokko weilte, fest. Mit Hilfe von US- und deutschen Geheimdiensten wurde er nach Damaskus „überstellt“. Nach der Recherche des Magazins „Stern“ (vom 11. März 2008) reisten im November 2002 „mit dem Segen Steinmeiers vier deutsche Geheimdienstmitarbeiter und ein Polizist nach Syrien. Sie nutzten die Gelegenheit, Zammar im Beisein syrischer Aufpasser zu verhören.“ Zammar wurde 2013 freigelassen – der Terrorismusverdacht konnte trotz Folter nicht bestätigt werden. Zammar war kein Einzelfall. Die syrischen Kerker waren, so der „Stern“ „Folterkammern für den zivilisierten Westen.“

Afghanistan

Die Verantwortung für Krieg und Flucht tragen im Fall Afghanistan der Osten und der Westen zu weitgehend gleichen Teilen. Die Sowjetunion marschierte 1979 in Afghanistan ein und beherrschte ein Jahrzehnt lang das Land militärisch. In dieser Zeit lieferte der Westen, insbesondere die USA, moderne Waffen an den zunehmend islamistisch geprägten Widerstand. Auf diese Weise wurden erstmals fundamentalistische Terrorkrieger geschaffen. Als die Sowjets abzogen, übernahmen in Kabul vom Westen gestützte kriminelle Warlords und frauenverachtende Islamisten, darunter die Taliban, die Macht. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA, deren individuelle Drahtzieher teilweise in Afghanistan ihr Quartier hatten, begann der westliche Krieg gegen das Taliban-Regime. Der Krieg selbst war kurz. Doch seit nunmehr 15 Jahren ist das Land faktisch von westlichem Militär besetzt. Offiziell sollen die ausländischen Truppen in den nächsten Jahren aus dem Land abgezogen werden; die Bundeswehr 2016. Die Bilanz der westlichen Besatzung ist ebenso verheerend wie die der vorausgegangenen sowjetischen Okkupation. Das Land ist nach dem 35-jährigen Krieg ausgeblutet und zerstört. Die islamistischen Terrormilizen sind so stark wie vor dem US-Einmarsch. Nach dem kompletten Abzug der westlichen Kampftruppen steht die Machtübernahme durch fundamentalistische Milizen auf der Tagesordnung.

Die Menschenrechtssituation im Land miserabel – für Frauen katastrophal. Ein großer Teil der afghanischen Bevölkerung befindet sich außer Landes – auf der Flucht und in der Emigration. Obgleich die Hauptlast dieser Migration Nachbarstaaten wie Pakistan und der Iran tragen (allein in diesen beiden Ländern leben 2,5 Millionen Afghanen), stellen Flüchtlinge aus Afghanistan in der EU und in Deutschland einen großen Teil der Asylbewerber bzw. der illegal Zugereisten.

Die deutschen Steuerzahler durften mehr als ein Dutzend Milliarden Euro ausgeben, um die Bundeswehrpräsenz in Afghanistan zu finanzieren – obgleich bis zu 75 Prozent der Bevölkerung den Einsatz ablehnt. Die Bundeswehr ist verantwortlich für eines der größten Massaker, das es in diesem Land gab: Am 4. September 2009 wurden bei Kundus mehr als 100 Zivilisten durch Bomben aus Kampfflugzeugen getötet. Die Bombenangriffe hatte die Bundeswehr mit der Behauptung angefordert, es handle sich um Taliban. Der damalige Bundeswehroffizier Georg Klein, der für dieses „Tanklastwagen-Massaker“ die Verantwortung trägt, wurde 2013 befördert und zum Brigadegeneral er-

nannt. Der damals für diese Beförderung verantwortliche Verteidigungsminister hieß Thomas de Maiziere. Er ist heute deutscher Innenminister und als solcher zuständig für Flüchtlinge – unter anderem für Afghanistan-Flüchtlinge.

Nordafrika und Libyen

Ein großer Teil der Flüchtlinge gelangt über Libyen und von dort auf dem Seeweg nach Europa. Auf diesem Fluchtweg fanden bislang mehr als 10.000 Menschen den Tod durch Ertrinken. Libyen stieg durch den Bombenkrieg des Westens in Libyen 2011 zum wichtigen Fluchttransitland auf. Als Ergebnis dieses Kriegs ist Libyen bis heute ein Staat ohne funktionierende Staatsmacht. Die Flüchtlinge, die auf diesem Weg nach Europa gelangen, sind teilweise Libyer. Überwiegend handelt es sich allerdings um Flüchtlinge aus anderen afrikanischen Staaten, die Libyen als Ausgangsbasis für die gefährliche Flucht übers Mittelmeer wählen.

Ausgangspunkt der libyschen Tragödie bildete ebenfalls eine friedliche Massenbewegung, die sich Anfang 2011 – im Rahmen des „arabischen Frühlings“ – für demokratische Rechte und gegen das autokratische Gaddafi-Regime einsetzte. Und ähnlich wie in Syrien entwickelte sich bald eine militärische Auseinandersetzung – die Opposition wurde von bewaffneten Milizen dominiert, der zivile Widerstand erstickt. Der Westen lieferte der Opposition Waffen. Bald darauf starteten Streitkräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter dem Vorwand, Zivilisten schützen zu wollen, einen intensiven Bombenkrieg. Wie zuvor in Jugoslawien wurde in mehreren zehntausend Luftkriegseinsätzen ein großer Teil der Infrastruktur des Landes – darunter Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Fernsehstationen, Nahrungsmitteldepots und Raffinerien zerstört. Libyen entwickelte sich zum Testfeld für neues Militärgerät; am 18. April 2011 schrieb die *Financial Times Deutschland*: „Es gehört zu den zynischen Aspekten des Konflikts, dass der Wüstenstaat zum Testfeld für viele Kampfjets wurde, deren Hersteller um Großaufträge kämpfen. [...] Im Rennen sind sechs Modelle aus den USA, Russland und Europa. Die europäischen Konkurrenzmodelle Eurofighter, Rafale und Gripen bomben nun zusammen mit den USA. [...] Die sonst in Militärkonflikten zurückhaltenden Schweden, die nicht der Nato angehören, schickten ihre Gripen-Modelle. [...] Für den Eurofighter ist es [...] im Unterschied zum Rafale, [...] das erste Mal, dass diese für Luftkämpfe entwickelte Maschine mit lasergestützten Bomben Bodenziele angreift.“

Das Regime wurde gestürzt; Gaddafi ermordet. Seither wird das Land von konkurrierenden und sich bekämpfenden Milizen beherrscht oder besser terrorisiert.

Wie im Fall Assad wird inzwischen unisono Gaddafi als übler Diktator hingestellt. Allerdings arbeitete der Westen spätestens seit 2003 und bis kurz vor Beginn des Bürgerkriegs eng mit diesem zusammen. Der deutsch-französische Rüstungskonzern EADS belieferte das Regime mit modernen Waffen und unterhielt bis zu Beginn des Bombenkriegs ein eigenes Büro in Tripolis.

Die deutsche Unterstützung für Gaddafi reicht noch deutlich weiter zurück. In den 1980er Jahren lieferten

ein deutsches Unternehmen (Imhausen-Chemie) und ein deutscher Staatskonzern, die Salzgitter AG, im Verbund mit zwei Dutzend anderen westdeutschen Firmen die strategisch wichtigen Bauteile zur Errichtung einer Giftgasfabrik im libyschen Ort Rabta. Am 2. Januar 1989 schrieb der damals höchst einflussreiche William Safire in der *New York Times* über ein „Auschwitz im Wüstensand“ und kommentierte dies wie folgt: „Man sollte erwarten, dass die gegenwärtige Generation von Deutschen, die sich der Schuld ihrer Väter beim Vergessen von Millionen unschuldiger Menschen vor gar nicht so langer Zeit bewusst ist, besonders empfindlich auf die Möglichkeit reagieren würde, Deutsche könnten einem terroristischen Staat beim Gasmord in irgendeiner Weise helfen.“ In den folgenden Wochen geriet die Bundesregierung enorm unter den Druck der Weltöffentlichkeit. Der Bundestag debattierte mehrmals das Thema – so am 18. Januar und am 17. Februar 1989. Die damaligen Oppositionsparteien Grüne und SPD heizten der Regierung Kohl-mächtig ein. Es war ein gewisser Wolfgang Schäuble, damals „Minister für besondere Aufgaben“, der das Handeln und Agieren der Regierung verteidigen und versuchen musste, die Affäre zu vertuschen. In den Beiträgen der großen internationalen Medien wurde immer deutlicher, dass das seit Jahren betriebene Projekt der Giftgasfabrik bei einzelnen Vertretern der Bundesregierung und beim deutschen Geheimdienst BND seit Jahren bekannt war. Ziemlich sicher wurde das Vorhaben zumindest von Teilen des Staatsapparats klammheimlich unterstützt – immerhin waren mit Salzgitter und Preussag zwei Staatsunternehmen maßgeblich involviert.

Gut möglich, dass die damalige Regierung unter Helmut Kohl über die Affäre gekippt wäre ... hätte es nicht wenige Wochen später, ab Frühjahr 1989, die Zuspitzung der Krise in Osteuropa, in der DDR und dann die deutsche Einheit gegeben, was in der Weltpolitik im Allgemeinen und in der deutschen Politik im Besonderen bald alle anderen Themen überlagerte... Was dann allerdings auch darin mündete, dass die USA 1990 den neuen Irak-Krieg vom Zaum brachen, den der damalige US-Präsident George Bush kommentierte mit: „We create a new world order“. Eben. Eine neue-alte Weltordnung, basierend auf Kriegen, Zerstörung und Massenflucht.

Ach ja. Da gibt es noch die Frage, ob es im Fall der angeführten vier Krisengebiete Alternativen gab? Doch, es gab sie. Und es ist bezeichnend, dass der Westen diese Alternativen nicht unterstützte. Erinnert sich noch jemand an Ibrahim Rugova, Kosovo-Präsident von 1992 bis 1998? Dieser setzte auf eine gewaltfreie Bewegung beim Kampf um Selbstbestimmung und gegen die serbische Unterdrückung. Der Westen interessierte sich nicht für ihn und förderte stattdessen die Terrorbande der UCK, die auch heute noch den Kern der durch und durch korrupten Kosovo-Regierung stellt. In Syrien und Libyen gab es, wie dargestellt, am Beginn des offenen Konflikts ebenfalls eine Bewegung, die für Demokratie und gegen die autoritären Herrscher Assad und Gaddafi kämpften. Es gab vielfache Friedensbemühungen und Vorschläge, so seitens der UNO. Auch in diesen Fällen zogen es die EU und die US-Regierung

„Eure Fabriken verursachen Flucht“

In der Tageszeitung „taz“ wurde am 20. August 2015 ein ausgesprochen erhellendes Interview mit dem aus Nigeria stammenden Flüchtling Rex Osa abgedruckt. Osa floh 2005 nach Deutschland. Wir drucken Auszüge.

taz: Herr Osa, am Wochenende organisieren Sie Aktionstage gegen die deutsche Waffenindustrie. Was hat das mit Ihrer Flucht zu tun?

Rex Osa: Gäbe es in meinem Land keine Waffen, könnte ich die Politik als Oppositioneller herausfordern. So kann ich das nicht. Die Waffenproduzenten stützen korrupte Regime und damit Ausbeutung und Ausplünderung, das hat in Nigeria eine lange Geschichte. Aktuell droht Krieg mit Boko Haram. Woher stammen all die Waffen, die die Dschihadisten haben? Nigeria produziert keine. Unsere Botschaft ist: Wer Instrumente der Gewalt produziert oder die Wirtschaft eines Landes ausbeutet, erntet Flüchtlinge. Wir werden vor den Waffenfabriken von Diehl in Überlingen, Movag in Kreuzlingen und ATM in Konstanz Kundgebungen machen. [...] Panzerfahrzeuge von Mowag gehen etwa an Saudi-Arabien, dessen Soldaten daraus auf die Demonstranten in Bahrain geschossen haben. ATM stellt Computer und Software für die KMW-Panzer wie den Leopard 2 her. Die wurden etwa an Katar und die Türkei geliefert. Diehl ist an Bau und Vermarktung der Predator-Drohne beteiligt, mit der die USA unter anderem in Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen und Jemen hunderte Menschen getötet haben. 80 Prozent der Steuereinnahmen der Stadt Überlingen stammen von Diehl. Gleichzeitig gibt es dort 200 ehrenamtliche HelferInnen. Die wollen wir mit den Rüstungsexportstrukturen konfrontieren. Die meisten kennen das Problem ja durchaus, aber statt etwas dagegen zu tun, wollen sie lieber ein bisschen Flüchtlingen helfen. Sie wollen ausdrücklich unpolitisch sein. Das geht dann so weit, dass ein Mensch von der Caritas Sätze sagt wie: „Unsere Flüchtlinge brauchen ihre Ruhe.“ Nein, brauchen wir nicht. Die Leute sollen lieber dafür sorgen, dass aus ihren Städten nicht so viele Waffen exportiert werden.

vor, Waffen zu liefern bzw. den Bombenkrieg zu führen.

Und so ist es in diesen Tagen: Deutschland lieferte U-Boote an Israel, die mit atomaren Waffen bestückt werden können – an ein Land, das für mehrere Angriffskriege im Libanon und im Gaza-Streifen verantwortlich ist. Und damit Flüchtlingsströme auslöste. Deutschland rüstet seit Jahrzehnten die Türkei auf (dies im Wechselspiel mit Rüstungsexporten nach Griechenland). Die Türkei griff seit 2012 mehrmals syrische Verbände an. Die Bundeswehr stationierte hocheffiziente Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien, die Rückendeckung für einen größeren türkischen Militärschlag gegen die syrische Armee gewähren können. Inzwischen bombardieren türkische Kampfflugzeuge abwechselnd IS-Stellungen und kurdische Stellungen in Syrien und im Norden

des Irak. In der Region liegt eine glimmende Lunte am Pulverfass. Schließlich rüstet Deutschland seit vielen Jahren das Regime in Riad auf, das in Bahrain eine friedliche Massenbewegung niederwalzte und das im Augenblick dabei ist, in den Jemen einzumarschieren und einen neuen großen Krieg vom Zaum zu brechen. Was neue Trecks mit Zehntausenden Flüchtlingen in sicherere Regionen auslösen kann.

Der Autor ist Chefredakteur von Lunapark 21 - Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie (siehe: www.lunapark21.net)

Anmerkung: Die kroatische Auslandsverschuldung liegt inzwischen bei mehr als 100 Prozent des BIP. Die öffentlichen Schulden stiegen binnen weniger Jahre von 40 auf nunmehr 84 Prozent des BIP (1. Vj. 2015). Die kroatische Arbeitslosenquote liegt bei 18 Prozent, was unweit des „griechischen Niveau“ ist. In Slowenien schnellte die Schuldenquote von 27% im Jahr 2005 auf 81 % im 1. Vierteljahr 2015 hoch. Die Arbeitslosenquote lag 2008 bei 5 % und erreichte 2015 (1. Vj.) bereits 9,3 %.

Deutsche Unterstützung für Saddam Hussein

Flüchtlinge aus dem Irak bringen es auf 5 Prozent der gesamten Migration nach Deutschland. Auf diesen Krisen- und Kriegsherd kann hier aus Platzgründen nicht vergleichbar ausführlich eingegangen werden. Nur soviel: Das inzwischen verteilte Regime des Saddam Hussein wurde, wie in Syrien Assad, wie in Libyen Gaddafi und wie in Afghanistan die ersten islamischen Gotteskrieger, vom Westen unterstützt. Im ersten Irak-Krieg 1980-1988, als der Irak den Iran überfiel, leistete der Westen massive Waffenhilfe für das Regime in Bagdad. 1987, inmitten des Kriegs, ging Saddam Hussein mit Giftgas gegen die kurdischen Bevölkerung im Irak vor; er ließ in Halabja 5000 Kurdinnen und Kurden mit Gas töten. Ein Jahr später gestand der irakische Außenminister Tariq Asis diese Tat sogar ein. Er relativierte sie mit den Worten: „Sie leben in einem zivilisierten friedlichen Kontinent und haben sicher andere Wertmaßstäbe.“ Er sagte diese zynischen Worte ... auf einer Pressekonferenz im Juli 1988 in Bonn. Tags darauf erhielt er von der Bonner Regierung, damals unter Bundeskanzler Helmut Kohl, eine weitere Tranche einer Hermes-Bürgschaft für deutsche Waffenimporte. (Bericht in: *Frankfurter Rundschau* vom 2. Juli 1988).

Als sich die US-Regierung 1990 auf den Einmarsch im Irak vorbereitete, gab es ein kleines Problem. Ein erheblicher Teil der modernen militärischen Ausrüstung der irakischen Armee (so Raketen vom Typ „Roland“) stammten aus deutschen Waffenschmiedern. Und: An der Bundeswehrhochschule in München studierten noch Anfang 1990 irakische Offiziersanwärter Raketentechnik. Die US-Regierung war dann so freundlich, den Mantel des Schweigens über diese Tatsachen zu breiten. Allerdings bat sie Bonn zur Kasse. Die Bundesregierung überwies nach dem Krieg an die US-Regierung 16,9 Milliarden DM als Kriegskofinanzierung. Das soll knapp 20 Prozent der gesamten Kriegskosten abgedeckt haben.

EU versagt – örtliche Hilfe beindrückt

Bericht von einer Solidaritätsreise nach Lesbos

Heike Hänsel



Bereits beim Anlegen der großen Fähre im Hafen von Mytilene sind zahlreiche Gruppen von Flüchtlingen sichtbar, die auf dem Boden sitzend auf Weiterfahrt nach warten. Die Tickets kaufen die Flüchtlinge selbst, 46 Euro pro Person. Die Fährschiffe haben allein durch die Flüchtlinge von Lesbos in diesem Jahr Mehreinnahmen in Höhe von zwei Millionen Euro.

Wir sind eine Gruppe, die im Rahmen einer Solidaritätsaktion der Tübinger Gesellschaft Kultur des Friedens für Flüchtlinge in Griechenland unterwegs ist. Schnell wird klar, dass es auf Lesbos, ähnlich wie auf Kos und Chios, keine wirkliche Versorgung der Flüchtlinge gibt. Alles ist notdürftig und improvisiert. Der Bürgermeister von Mytilene, Spyros Galinos, erzählt uns, dass mittlerweile bis zu 1000 Flüchtlinge täglich Lesbos erreichen, mit Schlauchbooten vom nahen türkischen Festland. Die Behörden sind heillos überfordert. Teilweise hielten sich bis zu 8000 Flüchtlinge in Lesbos auf. Der Bürgermeister beklagt die ausstehende Hilfe der EU. Einzig ein acht Millionen Euro teures „Flüchtlingengefängnis“ wurde 2013 mit EU-Geldern nahe Moria gebaut, das auch als „griechisches Guantanamo“ bezeichnet wird. 800 Personen waren hier inhaftiert, seit Ende der Samaras-Regierung sind die Tore wieder offen. Deshalb fordert die EU nun 7 Millionen Euro Rückzahlung von der griechischen Regierung! Bürgermeister Galinos: „Hätte die Gemeinde Mytilene diese 8 Millionen direkt erhalten, hätten wir Flüchtlingscamps für weit mehr Menschen bauen können statt diesem Hochsicherheitstrakt mit NATO-Stacheldraht!“ Er bittet uns, seinen Appell nach Deutschland zu übermitteln: „Lesbos ist für viele Menschen eine Hoffnung auf ein besseres Leben. Die griechischen Inseln benötigen Unterstützung. Wir können und wollen nicht für Europa die Abschottung übernehmen.“

Hauptanlaufpunkte in Lesbos sind die Städte Molivos im Norden und die Strände rund um die Hauptstadt

Mytilene. Bis vor kurzem gab es nicht einmal Transportmittel für die anlandenden Menschen in Molivos, sie mussten sich zu Fuß (!) in sengender Hitze 40 km durch Berge bis nach Mytilene, dem Ort der Registrierung, durchschlagen. Die Situation für die völlig erschöpften Menschen, die aus den Kriegsgebieten Syriens, Iraks und Afghanistans nach Europa flüchten, ist menschenunwürdig. Es fehlt an allem. Vor allem für junge Frauen und Familien mit Kindern ist die Unterbringung in den Lagern unter freiem Himmel, oft ohne ausreichend Schatten, völlig inakzeptabel. Im Rahmen der Solidaritätsaktion haben wir mit gesammelten Spendengeldern u.a. dringend benötigtes Milchpulver und Babynahrung besorgt, aber auch einfach jede Menge Wasserflaschen und Essen und alles in den Flüchtlingscamps Kara Tepe und Moria sowie direkt im Hafen verteilt, da die Situation etlicher Babys und Kleinkinder äußerst prekär war. Aufgrund der rigiden Austeritätspolitik der EU fehlt es an Geld und Personal in der Verwaltung und bei der Hafenzustellung für die Registrierung und die humanitäre Versorgung. Es wurden sogar Stellen gestrichen. So stehen für die Registrierung nur drei Personen zur Verfügung, die in drei Schichten arbeiten. Die Neuankommenden warteten stundenlang die Nacht hindurch vor der Polizeistation.

Beindrückt haben uns die privaten Solidaritätsinitiativen. In Mytilene gibt es das städtische Netzwerk „Village for all Together“, das sich bereits zu Beginn der Wirtschaftskrise gebildet hat, um sich um verarmte griechische Familien zu kümmern. Mittlerweile werden auch Flüchtlinge mit dem Notwendigsten versorgt. In wöchentlichen abendlichen Treffen tauschen sich alle über die aktuelle Situation aus.

Auch die europaweite Bewegung „Welcome2Europe“ ist vor Ort und organisiert nun bereits das zweite internationale Solidaritätscamps für Jugendliche. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Versorgung und Betreuung unbegleiteter

minderjähriger Flüchtlinge. Die Initiative informiert ankommende Flüchtlinge über ihre Rechte und verteilt mehrsprachige Broschüren mit wichtigen Informationen.

In Molivos hat ein internationales Team von Freiwilligen angefangen, die Erstversorgung der ankommenden Flüchtlinge zu organisieren. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Für Ende August und September befürchten die Behörden von Mytilene eine Zuspitzung der Situation, da die Plätze auf den Fähren nach Athen völlig ausgebucht sind. Mittlerweile harren seit Tagen hunderte Menschen im Hafen von Mytilene aus.

Nun soll Griechenland bis 2020 EU-Gelder von AMIF erhalten, dem „Fonds für Asyl und Migration“. Hier lautet eines der erklärten Ziel jedoch: „Die AMIF Finanzierung unterstützt die nationalen

Bemühungen um [...] die Wirksamkeit der Rückkehrprogramme erhöhen“. Nach wie vor dominiert also die Politik von Abschottung und Rückführung. Auch die Beschäftigten von IOM, der Internationalen Organisation für Migration, die sich in Lesbos aufhalten, beraten die gerade angekommenen Flüchtlinge, die oft Monate unterwegs waren, über Möglichkeiten und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr. Welch ein Zynismus!

Beim Kauf von mehreren Einkaufswagen mit Babynahrung kamen wir mit einer Kassiererin ins Gespräch. Diese berichtete, dass die gesamte Belegschaft für das nahe Flüchtlingslager Kara Tepe Geld gesammelt habe. Sie selbst spende monatlich von ihrem 480-Euro-Verdienst 30 Euro für die Flüchtlingsfamilien.

In dem kleinen Ort Kalloni stießen wir

auf die bemerkenswerte Privatinitiative AGAIA. Seit zehn Jahren werden in dem Ort durchkommende Flüchtlinge versorgt, die sich laut Jorgos und Katerina, den Hauptaktiven von AGAIA, normalerweise auf rund 50 pro Monat belaufen. Seit Mai hingegen stieg die Zahl auf 400 täglich an. AGAIA ermöglicht eine Rast und Versorgung in zwei Räumen, die Schatten bieten. Jeden Morgen beginnen Freiwillige zu kochen und Kleiderspenden einzusammeln, um auf die neuen Flüchtlinge so gut es geht vorbereitet zu sein. In den letzten Wochen wurden so mehr als 5500 Menschen notdürftig versorgt.

Die Bedingungen für Flüchtlinge sind nicht gut auf Lesbos. Und sie sind nicht besser – nicht in Athen, schon gar nicht in Ungarn, wo Haft bis zu vier Jahren droht. Und auch kaum in Deutschland, wo die Versorgungskapazitäten bewusst knapp gehalten werden, um abzuschrecken. Diese menschenunwürdige Politik muss beendet werden. Es gilt europaweite Zusammenschlüsse von unten aufzubauen, gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Kunst, Sport und Medien, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen und ein soziales und solidarisches Europa aufzubauen – gegen Austerität und Abschottung.

Die Autorin ist Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, und entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Gesellschaft Kultur des Friedens, Tübingen: Die Organisation sammelt weitere Spenden für die Versorgung auf Lesbos, siehe unter www.kulturdesfriedens.de oder email: info@kulturdesfriedens.de

Welcome2Europe hat einen Twitter-Blog eingerichtet mit aktuellen Informationen von Lesbos: <https://3c.gmx.net/mail/client/dereferer?redirectUrl=https%3A%2F%2F3c.gmx.net%2Fmail%2Fclient%2Fdereferer%3FredirectUrl%3Dhttp%253A%252F%252Flesvos.w2eu.net%252F%2Fhttp://lesvos.w2eu.net/>

Neue Rückführungen und Überfälle

Die SYRIZA-Regierung hatte sich verpflichtet, die gesetzwidrigen gewalttätigen Überfälle auf See und push backs zu beenden, die die vorigen griechischen Behörden bis dahin systemtisch verübt hatten. In letzter Zeit haben sich die Anzeichen vermehrt, dass Entsprechendes doch wieder geschieht. Ende Juli berichtete die deutsche Organisation *Watch the Med* (siehe www.watchthemed.net) über zahlreiche Meldungen von Opfern solcher Gewalt durch maskierte Männer „in den Uniformen der griechischen Küstenwache“ – jedoch außerhalb der griechischen Gewässer. Demnach sollen Maskierte ihnen die Motoren und das Benzin abgenommen, die Schlauchboote gelöchert haben und die Menschen, unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder, zurückgelassen haben. Die türkische Küstenwache kam dann zur Hilfe. Wörtliche Mitteilungen: „Viele [von ihnen] mit blauen Augen und hellen Haaren, Leute, die kein Griechisch sprechen!“

Einen solchen Überfall auf offener See haben türkische Fischer in einem Video (siehe website watchthemed.net) vor Izmir festgehalten. Mitte August hat das griechische Netzwerk für Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten (Diktio koinonikis ypostirixis prosfygon kai Metanaston) einen anderen Vorfall gewaltsamer Rückführung von drei Familien im Evros-Gebiet an der Grenze zur Türkei verurteilt. Unter ihnen waren Kurden aus Syrien mit kleinen Kindern. Bereits am 25. Juli hatte Amnesty International bestätigt, dass an der Grenze zur Türkei solche Rückführungsaktionen auf dem Landweg durchgeführt werden. Minister Panoussis hatte umgehende Untersuchungen in der griechischen Polizeibehörde zugesagt. Wir fragen: Sollte nicht auch die EU-Agentur Frontex befragt werden, die zuständig ist für „die Koordination der operativen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten in der Überwachung der EU-Außengrenzen“?

Dimitris Angelis, EFSYN und Vasilis Tsartsanis, Übersetzung D. Vakalis